



STOPP GEWALT!

NDAL DHUNËS! STOP VIOLENCE! STOP À LA VIOLENCE!
ALT VIOLENZA! STOP NASILJU! STOP VIOLËNCIA! ¡ALTO A
LA VIOLENCIA! SIDDETE DUR! வண்முறையை நிறுத்து!

HÄUSLICHE GEWALT

Informationen zu Wegweisung, Rückkehr-
und Kontaktverbot im Kanton Thurgau

Diese Informationsbroschüre soll Personen, die mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind, über Rechte und Möglichkeiten im Zusammenhang mit polizeilichen Anordnungen gegenüber gewaltausübenden Personen orientieren. Sie enthält Antworten auf die häufigsten Fragen.

Impressum

Herausgabe:

Fachstelle Häusliche Gewalt der Kantonspolizei Thurgau

Zürcherstrasse 325, 8501 Frauenfeld

Tel. 052 728 29 05

E-Mail: fachstellehg@kapo.tg.ch

Internet: www.kapo.tg.ch

Text: in Anlehnung an die Broschüre «Stopp Gewalt»
des Kantons Aargau

Gestaltung: Graphicom medien

Bild: Jeremy Boschung, Frauenfeld

Druck: Thurgauer Tagblatt AG, Druck und Verlag

1. Auflage 2007

Gesetzesänderungen zur häuslichen Gewalt

Am 1. Januar 2008 treten im Kanton Thurgau neue polizeiliche Gesetzesbestimmungen zur häuslichen Gewalt in Kraft. Sie bieten mehr Schutz für Personen, die in ihrem persönlichen Umfeld in Ehe, Partnerschaft oder Familie von Gewalt betroffen sind.

Die wichtigsten Neuerungen sind:

Wegweisung und Rückkehr- sowie Kontaktverbot

Die Polizei kann eine Person, die Gewalt anwendet oder damit droht, aus der Wohnung oder dem Haus weisen und ihr die Rückkehr für 14 Tage verbieten. Ausserdem kann sie ihr verbieten, mit bestimmten Personen Kontakt aufzunehmen.

Polizeigewahrsam

Zur Sicherung des Vollzuges von Wegweisung und Rückkehrverbot kann die Polizei eine gewaltausübende Person für längstens 24 Stunden in Gewahrsam nehmen.

Diese polizeilichen Massnahmen sollen die akute Gewaltsituation stoppen und weitere Gewalt verhindern. Sie verschaffen den Betroffenen Zeit, ihre Lebenssituation zu überprüfen und nach Lösungen für ein gewaltfreies Leben zu suchen.

Gewalt in Beziehungen kann weder verharmlost noch mit Geldproblemen, Alkohol, Stress, Provokationen und ähnlichen Gründen entschuldigt werden. Die Verantwortung für Gewalt liegt immer bei der Person, die sie ausübt.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	Deutsch	13
Përmbledhje	Albanisch	14
Summary	Englisch	15
Résumé	Französisch	16
Riepilogo	Italienisch	17
Sadržaj	Kroatisch	18
Resumo	Portugiesisch	19
Resumen	Spanisch	20
சுருக்கநிலை	Tamilisch	21
Özet	Türkisch	22
Sa držaj	Serbisch	23

Antworten auf die häufigsten Fragen

Die folgenden Fragen und Antworten beziehen sich auf die Themenbereiche:

A. Wegweisung, Rückkehr- und Kontaktverbot (§ 18 Polizeigesetz)

B. Polizeigewahrsam (§ 17 Polizeigesetz)

C. Verlängerung des Schutzes durch zivilrechtliche Massnahmen

A. Wegweisung, Rückkehr- und Kontaktverbot

1. Wen schützt das Gesetz?

Die neuen gesetzlichen Bestimmungen schützen Personen, die häusliche Gewalt erfahren oder denen Gewalt von einer Person angedroht wird, zu der sie in einer familiären oder partnerschaftlichen Beziehung stehen.

2. Wo schützt das Gesetz?

Das Gesetz gilt im Kanton Thurgau. Ähnliche Gesetze gibt es aber auch in den meisten anderen Kantonen.

Es gilt für die Wohnung oder das Haus und für die unmittelbare Umgebung. Die Polizei konkretisiert den jeweiligen räumlichen Schutzbereich in der Wegweisungsverfügung.

3. Wer kann weggewiesen werden?

Die Polizei kann Personen, die häusliche Gewalt ausüben oder androhen, aus deren Wohnung oder Haus weisen und ihnen die Rückkehr verbieten. Sie kann auch Personen wegweisen, die nicht mit der gewaltbetroffenen Person die Wohnung teilen, sich aber gelegentlich dort aufhalten. Der gewaltausübenden Person kann auch verboten werden, gewisse Bereiche zu betreten und/oder mit gewissen Personen Kontakt aufzunehmen.

4. Wie lange gelten die polizeilichen Anordnungen?

Die Anordnungen gelten ab Aushändigung der Verfügung und dauern 14 Tage.

5. Spielen die Eigentums- oder Mietverhältnisse eine Rolle?

Die Polizei ist ungeachtet der rechtlichen Verhältnisse befugt, entsprechende Anordnungen zu treffen. Sie kann deshalb auch gegen Wohnungseigentümer oder Mit-Mieter vorgehen.

6. Wie geht die Polizei vor?

Die Polizei stoppt die Gewalt und ermittelt den Sachverhalt. Die Parteien werden einzeln befragt. Anschliessend wird über allfällige Anordnungen entschieden. Die entsprechende Verfügung wird sowohl der gewaltausübenden als auch der gewaltbetroffenen Person ausgehändigt.

7. Ist die Wegweisung vom Willen des Opfers abhängig?

Nein. Liegt eine ernsthafte Gefährdung vor und wünscht das Opfer – aus Angst oder wegen versteckter Drohungen – keine Wegweisung, kann die Polizei trotzdem eine solche anordnen. Dadurch soll das Opfer vom Entscheidungsdruck entlastet werden.

8. Was passiert, wenn die gewaltausübende Person nicht freiwillig geht?

In diesem Fall kann die Polizei Zwang anwenden und die gewaltausübende Person vorübergehend mitnehmen. Bei weiterer Bedrohung kann sie die weggewiesene Person in Polizeigewahrsam nehmen oder die Strafuntersuchungsbehörde einschalten.

9. Was geschieht mit den Wohnungs- bzw. Hausschlüsseln?

Die Polizei nimmt der gewaltausübenden Person anlässlich der Wegweisung alle zur Wohnung oder zum Haus gehörenden Schlüssel ab.

10. Muss die weggewiesene Person während der Wegweisung und des Rückkehrverbots erreichbar sein?

Ja. Die weggewiesene Person hat eine Zustelladresse anzugeben, an welche amtliche Mitteilungen zugestellt werden können. Tut sie dies nicht, werden solche bei der Polizei hinterlegt.

11. Was darf die weggewiesene Person mitnehmen?

Sie kann dringend benötigte Gegenstände des persönlichen Bedarfs mitnehmen (z.B. persönliche Dokumente, Ausweise, Kleidung, Medikamente, eigenen Laptop usw.).

12. Können polizeiliche Anordnungen auch getroffen werden, wenn die Polizei erst nachträglich über die Gewalt informiert wird?

Ja, wenn und solange die gewaltbetroffene Person weitere Misshandlungen befürchten muss.

13. Kann gegen polizeiliche Anordnungen Beschwerde erhoben werden?

Ja. Beim zuständigen Bezirksgerichtspräsidium können die Anordnungen auf ihre Rechtmässigkeit hin überprüft werden. Dieser Beschwerde kommt allerdings keine aufschiebende Wirkung zu. Die polizeilichen Anordnungen gelten somit bis zu einem allfälligen gegenteiligen Entscheid des Richters.

14. Wird die Einhaltung des Rückkehr- und Kontaktverbotes kontrolliert?

Die Polizei kann das Rückkehr- und Kontaktverbot kontrollieren. Sie tut dies vor allem dann, wenn sie die Gefahr einer erneuten Gewalteskalation als hoch einstuft.

15. Kann die weggewiesene Person zurückkommen, wenn sie sich wieder beruhigt hat?

Nein. Solange das Rückkehr- und Kontaktverbot angeordnet ist, darf die gewaltausübende Person nicht in die Wohnung oder das Haus zurückkehren. Auch wenn das Opfer mit einer Rückkehr vor Ablauf des Verbotes einverstanden ist, macht sich die weggewiesene Person durch das Betreten der in der Verfügung bezeichneten Örtlichkeit strafbar. Dringend benötigte Gegenstände dürfen nur in Begleitung der Polizei abgeholt werden.

16. Was geschieht, wenn die weggewiesene Person das Rückkehr- und Kontaktverbot missachtet?

In diesem Fall sollte das Opfer sofort die Polizei rufen. Die Polizei entfernt die weggewiesene Person – notfalls auch zwangsweise. Das Nichtbeachten der Verfügung stellt zudem eine strafbare Handlung dar (Ungehorsam gegen eine amtliche Verfügung) und wird mit Busse bestraft. Bei erneuter Gefährdung, zum Beispiel bei Drohung und wiederholter Missachtung, kann die Polizei die weggewiesene Person auch in Polizeigewahrsam nehmen oder die Strafverfolgungsbehörde einschalten.

17. Wo können sich gewaltbetroffene Personen beraten lassen?

Falls die von Gewalt betroffene Person einverstanden ist, leitet die Polizei im Anschluss an die Wegweisung ihre Personalien an die Fachstelle Opferhilfe Thurgau weiter. Diese nimmt sodann Kontakt auf und informiert, unterstützt und berät die gewaltbetroffene Person in persönlichen und rechtlichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit der Gewalterfahrung und dem Schutz vor weiterer Gewalt ergeben. Die Beratung ist unentgeltlich und untersteht der Schweigepflicht. Sowohl die Beratungsstelle Opferhilfe als auch weitere Beratungsstellen können ohne vorgängige Intervention der Polizei aufgesucht werden. Eine Liste mit Adressen der wichtigsten Hilfsangebote befindet sich hinten in der Broschüre auf der Notfallkarte.

18. Wo erhalten gewaltausübende Personen Unterstützung?

Wer Gewalt ausübt, braucht dringend Beratung, damit zukünftige Gewaltvorfälle verhindert werden können. Es ist ratsam, sich an spezialisierte Fachstellen, wie z.B. das Forensische Institut Ostschweiz (forio), zu wenden. Die Ereignisse müssen aufgearbeitet werden, damit künftig gewaltfreie Verhaltensweisen möglich werden.

19. Verlieren gewaltbetroffene ausländische Staatsangehörige ihre Aufenthaltsbewilligung, wenn ihr Partner oder Ehemann von der Polizei weggewiesen wurde?

Nein. Die Wegweisung ist lediglich ein Instrument zur kurzfristigen Gefahrenabwehr. Ist die Aufenthaltsbewilligung der gewaltbetroffenen Person an den Verbleib beim Ehepartner oder der Ehepartnerin gebunden und wird eine Trennung oder Scheidung beabsichtigt, lohnt sich in jedem Fall eine Abklärung der Situation durch eine auf solche Fragen spezialisierte Beratungsstelle bzw. Fachperson.

20. Was geschieht, wenn Kinder im Haushalt leben?

Interveniert die Polizei wegen häuslicher Gewalt, übermittelt sie der zuständigen Vormundschaftsbehörde den Rapport. Diese erhält eine Kopie der Wegweisungsverfügung. Sind Kinder betroffen, hat die Vormundschaftsbehörde zu prüfen, ob Kinderschutzmassnahmen ergriffen werden müssen. Befinden sich Kinder in akuter Gefahr oder ist durch die Gewaltausübung die Betreuung der Kinder nicht gesichert, sorgt die Polizei kurzfristig für eine notfallmässige Unterbringung, welche der Vormundschaftsbehörde gemeldet wird.

21. Was können Drittperson tun, wenn sie häusliche Gewalt wahrnehmen?

Eine direkte Einmischung ist nicht zu empfehlen. In akuten Fällen können Sie direkt an die Polizei gelangen. Bei unmittelbarer Lebensgefahr sind Sie dazu verpflichtet. Andernfalls steht es Ihnen frei, die Polizei oder eine Beratungsstelle zu kontaktieren. Wer in Ausübung amtlicher Tätigkeit (z.B. Lehrpersonen) erfährt, dass ein Kind misshandelt wird, ist verpflichtet, dies der Vormundschaftsbehörde zu melden. Behörden und Mitarbeitende, denen im Amte eine schwerwiegende Straftat bekannt wird, sind zur Strafanzeige verpflichtet. Bei Kindsmisshandlungen ist statt der Anzeige die Benachrichtigung der zuständigen Fachstelle zulässig.

B. Polizeigewahrsam

22. Kann die Polizei eine gewaltausübende Person auch in Gewahrsam nehmen?

Ja, wenn sie sich oder andere ernsthaft gefährdet oder der Gewahrsam zur Durchsetzung der Wegweisung erforderlich ist.

23. Wie lange kann die Polizei eine Person in Gewahrsam nehmen?

Der Gewahrsam darf nicht länger als 24 Stunden dauern. Wenn die Fortsetzung der strafbaren Tätigkeit ernstlich zu befürchten ist oder von der gewaltausübenden Person eine Gefahr für Dritte ausgeht, kann der Untersuchungsrichter die Anordnung von Haft beantragen.

24. Können polizeilicher Gewahrsam und Wegweisung mit Rückkehrverbot gleichzeitig verhängt werden?

Ja. Auch wenn die gewaltausübende Person in polizeilichen Gewahrsam genommen wird, kann eine Wegweisung mit Rückkehrverbot ausgesprochen werden. Gerade in diesen Fällen ist ein polizeiliches Verbot besonders wichtig, da eine Rückkehr in die gemeinsame Wohnung erneut zu einer Eskalation führen kann.

C. Verlängerung des Schutzes durch zivilrechtliche Massnahmen

Benötigt die gewaltbetroffene Person Schutz, der länger als die polizeilichen Anordnungen dauert (d.h. länger als 14 Tage), muss sie innert zehn Tagen nach Erlass derselben zivilrechtliche Massnahmen beantragen. Sodann verlängert sich die Dauer der polizeilichen Anordnungen von Gesetzes wegen. Zivilrechtliche Massnahmen können allerdings jederzeit, auch ohne vorgängige Intervention der Polizei, beantragt werden. Welche zivilrechtlichen Massnahmen möglich sind, hängt unter anderem davon ab, ob die gewaltbetroffene Person verheiratet ist oder nicht.

25. **Wie beantragen Sie zivilrechtliche Massnahmen, wenn Sie mit der wegewiesenen Person verheiratet sind?**

Es besteht die Möglichkeit, beim zuständigen Bezirksgericht ein Gesuch um Aufhebung des gemeinsamen Haushaltes zu stellen und deren Bedingungen zu regeln (Art. 175 ff. des Schweizerischen Zivilgesetzbuches; ZGB, SR. 210) Auch wenn bereits ein Ehescheidungsverfahren beim Gericht hängig ist, können Sie die auf Ihre Situation bezogenen richterlichen Massnahmen beantragen. Es ist wichtig, dass Sie sich vorher fachkundig beraten lassen, damit Sie die richtigen Anträge stellen und die nötigen Unterlagen und Beweismittel beilegen. Die Beratungsstellen sowie allenfalls ein Anwalt oder eine Anwältin unterstützen Sie bei der Antragsstellung. Zusätzlich können Sie wie Nichtverheiratete Schutz im Sinne von Art. ZGB 28b in Anspruch nehmen.

26. **Wie beantragen Sie zivilrechtliche Massnahmen, wenn Sie mit der wegewiesenen Person nicht verheiratet sind?**

Nichtverheiratete Personen können den zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutz nach Art. 28 ff. ZGB in Anspruch nehmen. Stellen Sie möglichst rasch beim Bezirksgericht ein Gesuch um vorsorgliche Massnahmen. Auch hier ist es wichtig, dass Sie sich zuvor rechtlich beraten lassen. Für den Schutz von Kindern ist nicht das Bezirksgericht, sondern die Vormundschaftsbehörde zuständig.

27. **Wie kann häusliche Gewalt vor dem Bezirksgericht nachgewiesen werden?**

Häusliche Gewalt muss lediglich glaubhaft gemacht werden. Nützliche Unterlagen sind:

- Angaben über Polizeieinsätze sowie polizeiliche Anordnungen;
- ärztliche Atteste und Fotos von Verletzungen;
- Aussagen von Medizinalpersonen, welche von der behandelten Person vom Arztgeheimnis entbunden worden sind;
- Zeugenaussagen und Bestätigungen von Drittpersonen;
- Berichte von Behörden und Gutachten von Dienststellen (z.B. Vormundschaftsbehörde, Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst);

- Briefe, SMS, E-Mails, Aufzeichnungen auf dem Anrufbeantworter;
- Kleidungsstücke, welche bei den Gewaltvorfällen getragen wurden;
- Beratungskontakte oder schriftliche Auskünfte von Beratungsstellen und Frauenhäusern;
- Strafurteile und Verfügungen, welche gegen die gewaltausübende Person ergangen sind.

28. Wird die weggewiesene Person zu den dem Gericht beantragten Massnahmen befragt?

Ja. Die weggewiesene Person hat das Recht, angehört zu werden, eigene Anträge zu stellen und Beweismittel einzureichen. Das Gericht entscheidet in der Regel nach Anhören beider Parteien.

29. Was sind superprovisorische Anordnungen?

Bei zeitlicher Dringlichkeit kann das Gericht für die Dauer des Prozesses auf einseitigen Antrag der gewaltbetroffenen Person hin vorerst ohne Anhörung der Gegenpartei so genannte „superprovisorische“ Anordnungen treffen. Je nach Situation kann es beispielsweise bestimmen, dass die Wohnung vorläufig weiterhin dem Opfer zugeteilt wird und ein Betretungsverbot gilt. Vor dem definitiven Entscheid, welcher nicht mit den superprovisorischen Anordnungen identisch sein muss, ist der weggewiesenen Person auf jeden Fall das rechtliche Gehör zu gewähren.

30. Wird das Opfer im zivilrechtlichen Gerichtsverfahren mit der gewaltausübenden Person konfrontiert?

Das Gericht kann beide Parteien zu einer mündlichen Befragung vorladen. Ist das Opfer aus psychischen Gründen oder wegen der Gefährdung nicht in der Lage, dem Partner oder der Partnerin zu begegnen, empfiehlt es sich, dem Gericht vorgängig eine getrennte Befragung sowie ein Absehen von einer direkten Konfrontation zu beantragen. Überdies kann Polizeischutz für die Verhandlung verlangt werden. Den entsprechenden Anträgen wird je nach Gefährdungssituation stattgegeben. Die Beratungsstellen oder eine anwaltschaftliche Vertretung unterstützen Sie in diesen Fragen.

31. Wer bezahlt die Gerichts- und allfällige Anwaltskosten?

Eine bedürftige Person kann dem Gericht ein Gesuch um Bewilligung der unentgeltlichen Prozessführung und Rechtsverteidigung stellen. Die finanzielle Bedürftigkeit muss jedoch nachgewiesen werden.

32. Was können Sie tun, wenn die weggewiesene Person die gerichtlich angeordneten Verbote missachtet?

Rufen Sie sofort die Polizei und weisen Sie ihr den richterlichen Entscheid vor. Die Polizei wird dafür sorgen, dass sich die fehlbare Person von der Wohnung oder dem Haus entfernt.

Achten Sie auf Ihre Sicherheit!

Die neuen Gesetzesbestimmungen zur Wegweisung bieten mehr Schutz für die Betroffenen und ausserdem die Möglichkeit, in der gewohnten Umgebung bleiben zu können. Sie bieten jedoch keinen absoluten Schutz vor weiterer Gewalt. In Zeiten von Trennung oder Scheidung steigt das Risiko, Opfer einer Gewalttat zu werden. Weitere Faktoren erhöhen die Gefahr zusätzlich: Waffenbesitz, Alkohol- und Drogenkonsum, Suizid- und Morddrohungen oder auch krankhafte Eifersucht und Besitzdenken. Bei hohem Gefährdungsrisiko ist es sehr wichtig, dass die gefährdete Person und ihre Kinder die Wohnung oder das Haus zumindest vorübergehend verlassen und eine sichere Unterkunft aufsuchen.

Die Befreiung aus einer Gewaltbeziehung ist schwierig und gelingt erfahrungsgemäss oft nur mit fremder Hilfe. Es ist deshalb notwendig, möglichst frühzeitig Unterstützung zu suchen und Hilfe zu beanspruchen. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, dass es künftig sowohl den gewaltausübenden als auch den gewaltbetroffenen Personen gelingt, ein gewaltfreies Leben zu führen.

In einer akuten Gefahrensituation:

Polizei-Notruf 117

Stopp Gewalt!

Informationen zu polizeilichen Anordnungen bei häuslicher Gewalt

Ab 1. Januar 2008 kann die Kantonspolizei Thurgau gewalttätige Personen aus der Wohnung oder dem Haus weisen und ihnen die Rückkehr für 14 Tage verbieten. Damit soll weitere Gewalt im persönlichen Umfeld von Familie, Ehe und Partnerschaft verhindert werden.

Während der Dauer der Wegweisung und des Rückkehrverbots darf die weggewiesene Person die Wohnung oder das Haus sowie die unmittelbare Umgebung nicht mehr betreten und zwar auch dann nicht, wenn die gewaltbetroffene Person damit einverstanden ist. Missachtet die weggewiesene Person diese Anordnung, wird sie mit Busse bestraft.

- **Für gewaltbetroffene Personen:**

Falls Sie einverstanden sind, leitet die Polizei Ihre Personalien an die Fachstelle Opferhilfe Thurgau weiter. Diese Beratungsstelle nimmt sodann Kontakt mit Ihnen auf und hilft Ihnen beim weiteren Vorgehen.

Sie können aber auch von sich aus an die Beratungsstelle gelangen. Die Beratung ist unentgeltlich. Die Beratungsstelle informiert Sie, wenn Sie beim Bezirksgericht Massnahmen beantragen wollen, um den zeitlichen Schutzbereich der polizeilichen Anordnungen auszudehnen. Dieser Antrag muss innerhalb von zehn Tagen nach diesen Anordnungen gestellt werden.

Hält sich die weggewiesene Person nicht an die Anordnungen, sollten Sie sofort die Polizei rufen (Tel. 117). Fühlen Sie sich zu Hause nicht sicher, finden Sie eventuell bei Verwandten oder Bekannten oder im Frauenhaus Schutz.

- **Für weggewiesene Personen:**

Gewaltausübenden Personen wird empfohlen, sich während der Dauer der Wegweisung von einer spezialisierten Fachstelle, wie z.B. dem Forensischen Institut Ostschweiz (forio), beraten zu lassen. Ziel der Beratung ist es, den Weg zu einer gewaltfreien Verhaltensweise zu finden. Dies gelingt in der Regel nur mit entsprechender fachlicher Unterstützung. Holen Sie sich frühzeitig Hilfe – damit zeigen Sie Stärke!

Adressen:

Die Adressen der wichtigsten Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt finden Sie auf der Notfallkarte.

NDAL DHUNËS!

Informata lidhur me urdhëresat policore ndaj dhunës në familje

Prej 1. Janarit 2008 policia kantonale ka të drejtë që personat e dhunshëm ti largon nga banesa ose shtëpia dhe tua ndalon kthimin për 14 ditë.

Me këtë pretendohet që të pengohet rritja e dhunës në ambientin familjar, bashkshortësi dhe në partneritet.

Brenda afatit të urdhëresës dhe ndalimit për kthim, personi i dënuar nuk guxon ti afrohet banesës ose shtëpisë, edhe nëse personi që ka pësuar dhunë ia lejon kthimin.

Nëse personi i

larguar nuk e respekton urdhëresën, ai do të gjobitet.

- **Për personat që kanë përjetuar dhunë:**

Nëse ata pajtohen, policia ia jep të dhënat këshillimores që njihmon viktimat. Kjo këshillimore mer kontakt me juve si dhe ju ndihmon në veprimin e mëtutjeshëm.

Ju mundeni edhe vet të merni kontakt me këshillimoren (Tel. 052 723 48 26). Këshillimi është falas. Këshillimorja ju informon, nëse ju doni që ta lajmëroni rastin pranë gjykatës, më qëllim që të kërkonti zgjatjen e afatit të urdhëresës policore. Kërkesa duhet të parashtrohet brenda afatit dhjetëditor prej kur nisin urdhëresat.

Nëse personi i larguar nuk i respekton urdhëresat, duhet të lajmëroni menjëherë policinë (Tel.117).

Nëse nuk ndiheni të sigurt në shtëpi, gjeni mbrojtje te të afërmit, të njohurit ose në shtëpinë e grave.

- **Për personat e larguar:**

Personave që kanë përdorë dhunën u preferohet që brenda afatit të largimit të këshillohen pranë qendrave të specializuara si p.sh. intituti i Forensit(forio), Zvicra lindore.

Qëllimi i këshillimit është që të gjendet mënyra paqësore e sjelljes. Kjo formë mund të arihet zakonisht vetëm me mbështetje adekuate të specializuar. Kërkonti ndihmë pa humbur kohë- me këtë tregoni fuqi.

Adresat:

Adresat e qendrave për ndihmë ndaj dhunës në familje i gjeni në listën e emergjencës.

STOP VIOLENCE

Information about the police dispositions on Domestic Abuse

As of January 1st, 2008, the police in Thurgau can evict violent and/or abusive persons from their homes and impose restrictions, prohibiting them from returning back for 14 days. This measure is taken to minimize further abuse in the personal surrounding field of the family, marriage and partnership.

During this period, the restricted person is not permitted to enter his or her home, or come close to its boundaries as set by the police, even when the victim of domestic abuse agrees with it. In case of violation of this order, a fine will be imposed.

- **For persons experiencing domestic abuse:**

With your consent, the police will pass on your particulars to the Victim Assistance Helpline. The helpline will then contact you to guide you through the procedures. However, if you wish you may contact the helpline directly on (Tel. 052 723 48 26). Consultation is free of charge. The helpline will also guide you through how to further extend the police disposition period through the district court. This petition should be filed within 10 days from the disposition. If the abuser does not comply to these orders, you should contact the police immediately (Tel. 117). If you do not feel safe at home, you should seek protection through your friends, relatives, or the Women's Refuge House.

- **For persons practicing domestic abuse:**

The abusers are recommended to seek legal advice through a specialized department, such as "Forensic Institution of Eastern Switzerland (forio). The aim of the consultation is to find a way to one's non-violent behavioural conduct. This usually succeeds only through the appropriate professional support. Ask for help early on to show your strong power of will.

Addresses:

You will find the Addresses of the most important Help Offers in case of the domestic abuse on the emergency card.

Stop à la violence domestique !

Informations sur les dispositions de la police à une violence domestique

À partir du 1er janvier 2008 la police du canton Thurgau peut expulser les personnes violentes de l'appartement ou de la maison et leur interdire le retour pour une durée de 14 jours. Ceci afin d'éviter toute violence ultérieure perpétrée dans l'environnement personnel de la famille, du mariage et du couple.

Pendant la durée d'expulsion comme celui de l'interdiction, la personne expulsée ne doit pas retourner ni dans l'appartement ni dans la maison dans les environs immédiats, ni même se la personne qui a été victime de violence domestique est d'accord sur le retour. Si la personne expulsée ne respecte pas ces dispositions, elle est punie d'une amende.

- **Pour les personnes victimes de la violence domestique**

Si vous êtes d'accord, la police transmet vos coordonnées au Service d'aide aux victimes (Beratungs-stelle Opferhilfe). Ce service de consultation prendra ensuite contact avec vous et vous aidera à faire les démarches nécessaires.

Vous pouvez aussi contacter vous-même le service d'aide aux victimes (tel : 052 723 48 26). La consultation est gratuite. Le service d'aide aux victimes vous informera également dans le cas où vous souhaitez présenter une demande d'ordonnance de protection auprès du tribunal de district (Bezirksgericht), a fin de demander la prolongation des mesures de protection prises para la police. Cette requête doit être faite dans un délai de 10 jours après la mise en place de ces mesures. Si la personne expulsée ne respecte pas ces mesures de protection appelez tout de suite la police (tel : 117). Si vous ne vous sentez pas en sécurité chez vous, vous trouverez éventuellement refuge auprès de parents ou d'amis ou alors dans une maison d'accueil pour femmes (Frauenhaus).

- **Pour les personnes qui sont été expulsées**

Il est recommandé aux personnes violentes de chercher conseil auprès d'institutions spécialisées, comme par exemple le Forensischen Institut Ostschweiz (forio), pendant la durée de l'expulsion. Ceci dans le but de trouver un chemin pour un comportement sans violence. En général on n'atteint pas cet objectif qu'avec de l'aide de professionnels. Allez chercher de l'aide, avant qu'il ne soit trop tard – et montrez ainsi que vous avez de la force !

Adresses :

Vous trouverez les adresses des offres d'aide les plus importantes en cas de violence domestique sur la carte d'appels d'urgence.

Alt violenza!

Informazioni e disposizioni dal dipartimento di polizia sulla violenza domestica.

Dal 1. Gennaio 2008 la polizia cantonale del Thurgau potrà ordinare l'immediata espulsione dall'abitazione alle persone che usano violenza, e vietare loro di avvicinarsi per 14 giorni. Con queste disposizioni si cerca di evitare ulteriore violenza nella coppia e nel ambito familiare.

Nel periodo di espulsione e dell'allontanamento la persona espulsa non potrà avvicinarsi all'abitazione neppure se la persona che ha subito violenza è d'accordo. Se questa disposizione viene violata dalla persona espulsa, verrà punita con una multa.

- **Per le vittime della violenza:**

Se la persona è d'accordo, la polizia comunica i dati personali ai servizi che anno aiuto alle vittime. I servizi di consulenza si metteranno in contatto per aiutarla nel procedere. La persona che ha subito violenza può anche da parte sua mettersi in contatto con i servizi di consulenza (Tel. 052 723 48 26) La consulenza è gratuita. L'ufficio di consulenza informerà come procedere per ampliare o prolungare i provvedimenti delle disposizioni penali presso l'ufficio distrettuale. Questa richiesta deve essere svolta entro 10 giorni dalla deposizione.

Se la persona espulsa non si tiene alle disposizioni, la vittima dovrà telefonare immediatamente alla polizia (Tel. 117) Non si sente sicura in casa, cerchi di trovare protezione presso parenti, amici oppure nella casa per le donne.

- **Per le persone espulse:**

Alle persone che usano violenza si consiglia nel periodo d'espulsione dall'abitazione di consultarsi presso un servizio specializzato (per esempio) Istituto di patologia della svizzera orientale (forio). Meta di questa consulenza è di trovare la via della non violenza. Questo riesce in regola solo con un adeguato sostegno professionale. Cerci aiuto anzitempo – questo dimostra forza!

Indirizzi:

Indirizzi e proposte di aiuto dalla violenza domestica si trovano nel opuscolo di emergenza

Stop nasilju!

Informacije u vezi policijskih naredba kod kućnog zlostavljanja

Od 1. siječnja 2008 policija u kantonu Thurgau, smije osobe, koje vrše nasilje bilo koje vrste, iseliti iz stana ili kuće i zabraniti ulaz u kuću ili stan u razdoblju od 14 dana. Time bi trebalo daljnje zlostavljanje svojih najbližih u obitelji, braku i drugim životnim zajednicama biti spriječeno.

Za vrijeme trajanja zabrane povratka u stan ili kuću kao i u neposretnu blizinu stanovanja, osobi koja je morala napustiti zajedničko boravište, striktno je zabranjen povratak prije istečenog roka (14 dana).

Zabranjen je svaki pristup kao i zadržavanje u neposretnoj blizini stana ili kuće čak i onda , ako se maltretirana osoba time slaže.

U slučaju da se iseljena osoba ne pridržava odredbe (zakona) morati će snositi novčanu kaznu.

- **Za zlostavljene i silovane osobe:**

Ako se Vi slažete i uz uzajaman sporazum policije, policija predaje Vaš slučaj savjetovalištu «Opferhilfe» (pomoć žrtvama nasilja). To savjetovalište onda stupa s Vama u kontakt i pomaže Vam kod daljnjeg postupka. Vi možete također sami da se obratite savjetovalištu (tel. 052 723 48 26). Savjet se ne naplaćuje. Savjetovalište će Vam dati potrebne informacije ukoliko želite poduzeti shodne mjere kod nadležnog okružnog suda i tim postupkom produljiti odredbu kantonalne policije tj. gore navedenu zabranu. Po zakonu zahtjev za poduzimanje takovih mjera morate podnijeti u vremenskom razdoblju od 10 dana.

- **Za iseljene osobe:**

Osobama, činiteljima nasilja savjetujemo, da se za vrijeme zabrane boravka kod kuće ili u stanu obrate kod specializiranih stručnjaka u institutu, kao na primjer „Forensiche Institut“ (institut za sudsku medicinu i razjašnjenje i savjetovalište) Cilj stručnjaka u takovim institutima je naći, način i put da dotična osoba nauči savladavati svoje strasti, suvereno vladanje sa samim sobom i svojim agresijama bez nasilja. Redovito mogući uspjeh postizete samo uz podršku i pratnju stručne osobe. Zatražite pomoć pravovremeno – to je način da dokažete da ste jaki!

Adrese:

Adrese najvažnijih ustanova, kod kojih se možete obratiti u hitnim slučajevima nalaze se napisane na Notfalkarti.

Stop Violência!

Informações do mandato policial em relação a violência doméstica

A partir de janeiro de 2008 a polícia do Cantão de Thurgau pode ordenar a saída do agressor da sua residência e seu retorno será até 14 dias proibido. Para que seja com isso possível, evitar outras agressões no campo pessoal familiar, marido e mulher e companheiro.

Durante o período da expulsão e retorno do agressor, o mesmo estará proibido de entrar na residência e arredores, mesmo se a vítima estiver de acordo. Sendo este mandato não cumprido pelo agressor, o mesmo receberá uma multa como forma de punição.

- **Para a vítima:**

Caso a vítima esteja de acordo, a polícia envia os dados pessoais da mesma ao centro de aconselhamento (Opferhilfe). Este centro de aconselhamento entrará em contato com a vítima auxiliando nos procedimentos a serem tomados. A vítima pode também por si própria contatar o centro de aconselhamento (tel. 052 723 48 26). O aconselhamento é gratuito. O centro de aconselhamento lhe informa, caso você queira pedir medidas com o tribunal da comuna, para uma extensão do mandato de proteção policial. Este pedido deve ser colocado dentro de dez dias após a data do mandato.

Se a pessoa afastado não aderir as ordens do mandato, você deve chamar a polícia imediatamente (Tel. 117). Se você não se sentir segura em casa, tente eventualmente encontrar proteção com parentes, conhecidos ou na casa de mulheres.

- **Para a pessoa expulsa:**

Para a pessoa que se utiliza da violência recomenda-se, que durante o período de expulsão a própria pessoa procure um centro de aconselhamento especializado, como por exemplo o Forensisch Institut Ostschweiz (forio), para um atendimento. O objetivo do aconselhamento é, para que ele possa encontrar um caminho para um comportamento sem violência. Isto sucede geralmente somente com o apoio profissional apropriado. Procure ajuda o mais cedo possível - assim você mostra força!

Endereços:

Os endereços mais importantes com oferta de ajuda em relação a violência doméstica encontram-se no (Notfallkarte) mapa da emergência.

¡Alto a la violencia!

Informaciones de las disposiciones policiales en caso de violencia familiar

A partir del 1 de enero del 2008, la policía del Cantón Thurgau puede expulsar a las personas violentas del departamento o la casa, y prohibirles el retorno durante 14 días. De esta manera se impedirá la violencia en el entorno privado de la familia, matrimonio y pareja.

Durante el tiempo de expulsión y prohibición de retorno, la persona expulsada no puede entrar tanto al departamento o casa, como tampoco acercarse a las proximidades, incluso en el caso de que la persona afectada por la violencia esté de acuerdo. Desobedece la persona expulsada esta disposición, será castigada con una multa.

- **Para personas afectadas por la violencia:**

En caso de estar de acuerdo, la policía remite sus datos personales al centro de asesoría de ayuda a las víctimas. Entonces, el centro de asesoría, toma contacto con usted y le ayuda en los procedimientos sucesivos.

Usted puede acceder por sí mismo al centro de asesoría (Tel. 052 723 48 26). La consulta es gratuita. La asesoría le informa, en el caso de que usted quiera solicitar medidas al juzgado del distrito, para extender el tiempo de las disposiciones policíacas en el área de protección . Esa solicitud debe ser interpuesta en el plazo de diez días después de esas disposiciones.

Si la persona expulsada no acata las disposiciones, usted debe llamar inmediatamente a la policía (Tel. 117). Si no se siente seguro en casa, busque eventual protección en casa de parientes, conocidos o en la casa de mujeres.

- **Para las personas expulsadas :**

A las personas que ejercen la violencia le aconsejamos que durante el tiempo de expulsión, se dejen asesorar en un centro de asesoría, como por ejemplo: Instituto de demoscopia de la Suiza Oriental (forio). La meta de la asesoría, es encontrar el rumbo hacia un comportamiento sin violencia. En la regla, esto da resultado por medio de un apoyo especializado apropiado . ¡Busque ayuda a tiempo – así muestra su fuerza!

Direcciones:

Las direcciones de las ofertas de ayuda en caso de violencia familiar las encuentra en las tarjetas de emergencia.

வன்முறையை நிறுத்து !

வீடுகளில் நடக்கும் தகராறுகளுக்கு அல்லது வன்முறைகளுக்கு காவல்துறையால் வழங்கப்பட்ட ஒழுங்கமைப்பு பற்றிய தகவல்கள்.

தை மாதம் முதலாம் திகதி 2008 இல் இருந்து, தூர்க்கா மாநிலக் காவல்துறை, வன்முறைகளில் அல்லது தகராறுகளில் ஈடுபடுபவர்களை வீட்டிலிருந்து வெளியேற்றி, 14 நாட்களுக்கு வீட்டுக்குள் நுழைவதை தடுக்க முடியும். இதனுடாக குடும்பத்தில், கணவன் மனைவிக்க்கும், உறவினருக்கு இடையில் வன்முறையோ அல்லது தகராறோ வராதபடி தடுக்க முடியும்..

வீட்டிலிருந்து வெளியேற்றப்பட்டு வீட்டிற்கோ அல்லது வீட்டுச் சுற்றாடலிற்கோ திரும்பி வர தடை செய்யப்பட்ட காலநேரத்தில், அந்த நபர் வீட்டுக்குள்ளே, வீட்டுச் சுற்றாடலிலோ நுழையமுடியாது. வன்முறையால் பாதிக்கப்பட்ட நபர், பாதிப்பை ஏற்படுத்திய நபரை உள்ளே வர அனுமதித்தால் கூட வீட்டுக்குள் வர முடியாது. வீட்டிலிருந்து வெளியேற்றப்பட்டவர் இச் சட்டத்தை மீறி நடந்தால், அபராதம் செலுத்த வேண்டி நேர்டும்.

வுள்ளு முறைகளால் பாதிக்கப்பட்ட நபர்களுக்கு உதவி

உங்கள் அனுமதியுடன், காவல்துறை, உங்களைப் பற்றிய தகவல்களை உங்களுக்கு உதவி செய்யும் ஆலோசனைத் துறையினருக்குக் கொடுக்கும். அதன் பின்னர் இந்த ஆலோசனைத் துறை பாதிக்கப்பட்டவர்களுடன் தொடர்புகொண்டு மேலதிக உதவிகளை உங்களுக்கு வழங்கும் அல்லது நீங்கள் மேற்கொண்டு என்ன செய்யலாம் என்று ஆலோசனையும் தரும். நீங்கள் தனிப்பட்டமுறையிலும் ஆலோசனைத்துறையுடன் தொடர்புகொள்ள முடியும் (தொலைபேசி இலக்கம்ஹு 052 723 48 26). இவ் ஆலோசனைகள் இலவசமாக வழங்கப்படும். நீங்கள் மேற்கொண்டு மாவட்ட நீதிமன்றத்தில் முறையிடவேண்டுமானால் நீங்கள் பாதுகாக்கப்பட வேண்டிய காலஅவகாசத்தை நீடித்துக் கொள்ளலாம். இந்தக் காலஅவகாசம் காவல்துறையினரின் சட்ட விதிமுறைகளுக்கு ஏற்ப பத்து நாட்களுக்குள் பதிவு செய்திருத்தல் வேண்டும்.

வன்முறையால் வெளியேற்றப்பட்ட நபர் காவல்துறையின் சட்ட விதிமுறைகளை பின்பற்றாவிட்டால், நீங்கள் உடனடியாக காவல்துறைக்கு தெரிவித்துக் கொள்ள வேண்டும் (தொலைபேசி எண்ணு 117). வீட்டில் பாதுகாப்பு குறைவு என்று கருதினால் உங்கள் உறவினர்களிடம் அல்லது உங்களுக்குப் பழக்கமானவர்களுடன் அல்லது பெண்கள் பாதுகாக்கப்படும் வீடுதீயில் பாதுகாப்பைத் தேடிக்கொள்ளலாம்..

வன்முறையால் வெளியேற்றப்பட்ட நபர்களுக்கு உதவி

வன்முறைகளில் ஈடுபடுகின்ற நபர்கள் வீட்டிலிருந்து வெளியேற்றியப்பட்ட காலஅவகாச வேளையில் ஒரு தகுதி பெற்ற இணக்கக்குழுவுடன் தொடர்பு கொண்டு ஆலோசனையைப் பெற்றுக்கொள்ளலாம் உதாரணமாக (Forensischen Institut Otschweiz (forio). இவ் ஆலோசனையின் நோக்கம், வன்முறையில் ஈடுபடாத நபராக மாறுவதற்கே. அப்படியான ஒரு நபராக மாறுவதற்கு ஒரு தகுதி பெற்ற இணக்கக்குழுவுடன் தொடர்புகொண்டால் மட்டுமே முடியும். ஆதனால் முன் நேற்பாபாகவே உங்களுக்கு வேண்டிய உதவிகளைப் பெற்றுக்கொள்வதன் மூலம் தங்களுக்குரிய பலத்தைக் காட்டிக் கொள்ள முடியும்.

விளாசங்கள்ஹு

வீடுகளில் நடக்கும் வன்முறைகளுக்காக உதவியை நாடிச் செல்ல வேண்டிய முக்கிய விளாசங்களை மேல்கயட்ட அட்டையில் பெற்றுக் கொள்ளலாம்.

Şiddete dur!

Ev içindeki şiddete karşı polis tarafından yapılan düzenlemelerle ilgili bilgiler

Kanton Thurgau polisi 1. ocak 2008 den itibaren şiddet uygulayan kişiyi evden uzaklaştırabilir ve 14 gün eve dönmesini yasaklayabilir. Bunun amacı ailenin yakın çevresinde ve eşlerin arasındaki şiddetin devam etmesi engellenmektedir.

Evden uzaklaştırılan şahıs yasak devam ettiği süre içinde eve giremez yakın çevresine gelemmez, hatta şiddete uğrayan kişi kabul etse bile yasaktır. Uzaklaştırılan kişi bu kurala uymassa para cezasıyla cezalandırılacaktır.

- **Şiddete uğrayan kişi için:**

Kişinin kabul etmesi durumunda polis tarafından mağdur kalanın kişisel bilgileri mağdurlara yardımcı olan danışmanlık bölümüne (Beratungsstelle Opferhilfe) iletilir. Bu danışma bürosu sonradan bu kişiyle kontak kurup nasıl bir yol izlemesi gerektiği konusunda yardımcı olacaktır. Kişi kendisinde danışmanlık bürosuna başvurabilir (Tel. 052 723 48 26). Danışmanlık ücretsizdir. Kişi, polis tarafından konulan koruyucu süre dışındada önlemler alınması için bölge mahkemesine talepte bulunmak istiyorsa danışmanlık bürosu tarafından bilgilendirilir. Bu başvuru uzaklaştırma kararı verildikten sonra on gün içinde yapılması gerekmektedir.

Evden uzaklaştırılan kişi kurallara uymuyorsa, hemen polisi arayınız (Tel. 117). Kendinizi evde güvende hissetmiyorsanız, akrabalarınızın yada tanıdıklarınızın yanına yada kadın sığınma evine sığınabilirsiniz.

- **Evden uzaklaştırılan kişi için:**

Şiddet uygulayan kişiye, evden uzaklaştırıldığı süre içinde uzman bir danışmanlık bürosuna,örneğin şiddet konusunda kanunun gereklerine göre uzmanlaşmış bir kurum olan Forensischen Institut Ostschweiz (forio) başvurması tavsiye edilir. Danışmanlığın amacı, şiddetten uzak bir davranış şekli bulmaktır. Buda genelde sadece bu konuda uzman bir yardımla mümkündür. En erken yoldan yardım alın –bununla kuvvetinizi gösterirsiniz.

Adresler:

Ev içi şiddette en önemli yardım teklifleri adreslerdir
Acil sayfasında bunları bulabilirsiniz.

Stop Nasilju!

Informacija zakona iz policije kod kućnog nasilja

Od 1. Januara 2008 policija kantona Thurgau može osobama koje su nasilne zabraniti ulaz u kuću ili stan do 14 dana. Sa ovim se sprečava dalje nasilje u porodici, braku ili nad drugom osobom sa kojom živimo.

Dok traje zabrana i povratak, osoba koja je zabranu dobila, nesme prilaziti kući, stanu ili okolini, takodje nesme i ako osoba koja je zlostavljana odobri. U slučaju nepridržavanja plaća se kazna.

- **Za zlostavljene osobe**

Ako ste sporazumni, policija šalje vaše podatke u savetovalište Opferhilfe.

Ovo savetovalište stupa sa vama u kontakt, radi preduzimanja daljih mera.

Vi možete takodje sami da pozovete, Savetovalište (Tel. 052 723 48 26) ova pomoć je besplatna. Savetovalište vas informira kako i šta možete postići preko suda da bih se zaštita produžila.

Ovaj zahtev je moguće predati u roku od 10 dana.

Osoba koja je dobila zabranu, a ne pridržava se zabrane, trebate odmah pozvati policiju (Tel. 117). Osećate se kod kuće nesigurno, možete eventualno kod porodice, prijatelja ili u ženskoj kući potražiti zaštitu.

- **Za osobe sa zabranom**

Nasilnim osobama se savetuje za vreme zabrane, zatražiti specijalnu stručnu pomoć, kao na primer, Forensischen Institut, istočna švajcarska (forio).

Cilj za savetovanje je kako naći put, i živeti bez zlostavljanja. Ovo je moguće samo sa stručnim podržavanjem. Potražite pomoć na vreme, time dokazujete da ste jaki!

Adrese:

Adrese za važne pomoći kod kućnog nasilja
naći ćete u karti za hitnu pomoć.

